

25. MAI 2016

Grundrechte europaweit schützen (Drs. 19/370 vom 12.04.2016)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 12. April 2016 (Drs. 19/370) wird wie folgt geändert:

Es wird folgende Ziffer 4 angefügt:

„4. Die Bürgerschaft (Landtag) ist besorgt über die zunehmende Einschränkung von Grund- und Menschenrechten, insbesondere der Freiheit der Meinungsäußerung, der Vereinigungsfreiheit, des Diskriminierungsverbots und der Begrenzung von Rechtseinschränkungen, in der Republik Türkei. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, gegenüber der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention, die auch von der Türkei unterzeichnet wurde, die Voraussetzung für verstärkte Kooperationsbeziehungen ist. Angesichts der Kriminalisierung oppositioneller Parlamentarier*innen in der Türkei, juristischer Angriffe der türkischen Regierung jetzt auch auf deutsche Journalist*innen und fortgesetzter Abschiebungen aus der Türkei in Verfolgungsstaaten kann die Türkei kein Partner für Vereinbarungen wie das EU-Türkei-Abkommen sein.“

Sofia Leonidakis, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LNKE

[zurück zu: Detail](#)

QUELLE: [HTTP://WWW.LINKSFRAKTION-BREMEN.DE/NC/BUERGERSCHAFT/ANTRAEGE/DETAIL/ARTIKEL/GRUNDRECHTE-EUROPAWEIT-SCHUETZEN-DRS-19370-VOM-12042016/](http://www.linksfraktion-bremen.de/nc/buergerschaft/antraege/detail/artikel/grundrechte-europaweit-schuetzen-drs-19370-vom-12042016/)